**Gesetz
betreffend Massnahmen für Notlagen
(Notorganisationsgesetz)**

Vom 22. Dezember 1983 (Stand 1. Oktober 2013)

Der Kantonsrat des Kantons Zug,

gestützt auf § 41 Bst. b der Kantonsverfassung¹⁾,

beschliesst:

1. Kantonale Notorganisation**§ 1 Zweck**

¹ Zur Sicherstellung der öffentlichen Dienste und zur Hilfeleistung in Notlagen, die sich mit der ordentlichen Organisation nicht bewältigen lassen, wird eine kantonale Notorganisation aufgebaut.

§ 2 Aufbau

¹ Die Notorganisation besteht aus einem besonderen kantonalen Stab und aus den zugeteilten kantonalen Dienststellen.

² In die Notorganisation können private Personen und Hilfsorganisationen einbezogen werden.

³ Die erforderlichen finanziellen Mittel zur Vorbereitung und Ausbildung werden im Rahmen des Voranschlages bewilligt.

§ 3 Organisation und Ausbildung

¹ Der Regierungsrat regelt Organisation und Ausbildung und umschreibt die Aufgaben in einer Verordnung. Er kann die für die Notorganisation erforderlichen kantonalen Angestellten und Beamten zu Übungen aufbieten.

² Er regelt die Entschädigung der beigezogenen privaten Personen und Organisationen.

¹⁾ BGS [111.1](#)

³ Der Vollzug obliegt der Sicherheitsdirektion. *

§ 4 Einsatz

¹ Der Regierungsrat bestimmt den Einsatz der gesamten Notorganisation oder einzelner Teile.

² Zur Behebung akuter Notlagen kann der Regierungsrat einen Einsatzleiter bezeichnen und ihm umschriebene Kompetenzen übertragen.

³ ... *

2. Gemeindliche Notorganisation

§ 5 Aufgaben der Gemeinde

¹ Der Gemeinderat trifft die erforderlichen Massnahmen zur Sicherung der öffentlichen Dienste in Notzeiten sowie zur Behebung akuter Notlagen.

² Der Gemeinderat hat eine gemeindliche Notorganisation aufzubauen.

³ ... *

§ 6 Ausbildung

¹ Der Gemeinderat ist für die Ausbildung der Organe der gemeindlichen Notorganisation verantwortlich.

² Der Regierungsrat kann gemeindliche Organe sowie nötigenfalls Hilfsorganisationen und private Personen zu Kursen und Übungen des Kantons und des Bundes beziehen.

§ 7 Kostentragung

¹ Die Kosten der gemeindlichen Notorganisation, einschliesslich der Ausbildung, gehen zu Lasten der Gemeinde.

3. Koordinierter Sanitätsdienst

§ 8 Grundsatz

¹ Der Regierungsrat trifft die erforderlichen Massnahmen zur Sicherstellung der Behandlung und Pflege der Patienten in Notzeiten und in akuten Notlagen durch Koordination der Sanitätsdienste des Kantons und der Gemeinden, unter Einbezug der privaten sanitätsdienstlichen Organisationen und Einrichtungen.

² Er kann die öffentlich- und privatrechtlichen Heilanstalten zur Aufnahme, Behandlung und Pflege von Patienten verpflichten.

³ Er koordiniert den zivilen Sanitätsdienst mit dem Sanitätsdienst der Armee.

§ 9 Medizinal- und Pflegepersonal

¹ Nötigenfalls kann der Regierungsrat das Medizinal- und Pflegepersonal sowie weitere geeignete Personen im Rahmen des koordinierten Sanitätsdienstes aufbieten.

4. Obdachlose und Flüchtlinge

§ 10 Obdachlose

¹ Obdachlose sind von den Gemeinden nach Weisungen des Regierungsrates aufzunehmen und zu betreuen.

² Die Gemeinden können neben dem Zivilschutz auch private Organisationen heranziehen.

³ Die Kosten werden nach den Vorschriften von Bund und Kanton über die öffentliche Fürsorge getragen.

§ 11 Flüchtlinge

¹ Die Betreuung von Flüchtlingen erfolgt nach Weisungen des Bundes.

² Falls der Kanton vom Bund verpflichtet wird, Flüchtlinge aufzunehmen, weist er diese nach Rücksprache mit den Gemeinden und unter Berücksichtigung der räumlichen Verhältnisse den Gemeinden zu.

³ Die Kostentragung erfolgt nach Weisung des Bundes.

5. Katastrophenhilfe

§ 12 Aufgabe der Gemeinde

¹ Die Organisation der Hilfe bei örtlichen Katastrophen obliegt dem Gemeinderat.

§ 13 Katastrophenplan

¹ Der Einsatz und die Zusammenarbeit aller Spontanhilfsmittel sowie weiterer Hilfsorgane erfolgt nach einem zwischen den Gemeinderäten und dem Regierungsrat festzulegenden Katastrophenplan. Der nahtlose Übergang von der Spontanhilfe zum Einsatz der Notorganisation ist dabei sicherzustellen.

6. Trinkwasserversorgung in Notlagen¹⁾ *

§ 13^{bis} * Kantonale Aufgaben

¹ Die Baudirektion führt mit Hilfe der Gemeinden und der Wasserversorgungen die Inventare über Wasserversorgungsanlagen und Wasservorkommen.

² Die Sicherheitsdirektion koordiniert die Vorsorge für die Trinkwasserversorgung in Notlagen und bestimmt den Kostenteiler, falls sich die Einwohnergemeinden über ihre Anteile an gemeinsam zu beschaffendem Material nicht einigen können.

§ 13^{ter} * Gemeindliche und werkbezogene Aufgaben

¹ Die Gemeinden stellen in ihrem Gebiet die Trinkwasserversorgung in Notlagen sicher und vollziehen die Vorschriften des Bundes.

² Soweit die Wasserversorgung einem selbstständigen öffentlichen oder privaten Werk überlassen oder übertragen ist, wirkt dieses im Einvernehmen mit der Gemeinde beim Vollzug mit. Ein allfälliger Gemeindebeschluss bleibt vorbehalten.

7. Gemeinsame Bestimmungen

§ 14 Einsatz von materiellen und finanziellen Mitteln; Requisition

¹ Der Regierungsrat und die Gemeinderäte sind befugt, für Hilfeleistungen nach diesem Gesetz die erforderlichen materiellen Mittel einzusetzen und die finanziellen Mittel für Sofortmassnahmen zur Hilfeleistung bereitzustellen. Die entsprechenden Kredite sind so bald als möglich einzuholen.

² Falls materielle Mittel nicht durch Miete beschafft werden können, kann der Regierungsrat vom Requisitionsrecht Gebrauch machen.

³ Im Aktivdienst bleiben die Vorschriften des Bundes vorbehalten.

¹⁾ Vgl. V zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Notlagen; SR [531.32](#).

8. Straf- und Schlussbestimmungen

§ 15 Strafbestimmungen

¹ Wer Vorschriften und Anordnungen der nach diesem Gesetz zuständigen Behörden zuwiderhandelt, wird gemäss Übertretungsstrafgesetz¹⁾ bestraft. *

² Weitergehende Strafbestimmungen des Bundes bleiben vorbehalten.

§ 16 Geheimhaltung

¹ Der Regierungsrat regelt die Massnahmen für die Geheimhaltung unter Vorbehalt der Bundesvorschriften. Die Verletzung der Geheimhaltung ist nach Art. 293 des Schweizerischen Strafgesetzbuches zu ahnden.

§ 17 Inkrafttreten

¹ Das Gesetz tritt unter Vorbehalt des Referendums gemäss § 34 der Kantonsverfassung auf den vom Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.²⁾

² Der Regierungsrat erlässt die zum Vollzug dieses Gesetzes erforderlichen Erlasse.

¹⁾ BGS [312.1](#)

²⁾ Inkrafttreten am 1. März 1984

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
22.12.1983	01.03.1984	Erlass	Erstfassung	GS 22, 457
22.12.1998	01.01.1999	§ 3 Abs. 3	geändert	GS 26, 191
25.11.1999	01.05.2000	§ 5 Abs. 3	aufgehoben	GS 26, 591
25.11.1999	01.05.2000	Titel 6.	eingefügt	GS 26, 591
25.11.1999	01.05.2000	§ 13 ^{bis}	eingefügt	GS 26, 591
25.11.1999	01.05.2000	§ 13 ^{ter}	eingefügt	GS 26, 591
30.09.2010	01.01.2011	§ 4 Abs. 3	aufgehoben	GS 30, 755
23.05.2013	01.10.2013	§ 15 Abs. 1	geändert	GS 2013/052

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
Erlass	22.12.1983	01.03.1984	Erstfassung	GS 22, 457
§ 3 Abs. 3	22.12.1998	01.01.1999	geändert	GS 26, 191
§ 4 Abs. 3	30.09.2010	01.01.2011	aufgehoben	GS 30, 755
§ 5 Abs. 3	25.11.1999	01.05.2000	aufgehoben	GS 26, 591
Titel 6.	25.11.1999	01.05.2000	eingefügt	GS 26, 591
§ 13 ^{bis}	25.11.1999	01.05.2000	eingefügt	GS 26, 591
§ 13 ^{ter}	25.11.1999	01.05.2000	eingefügt	GS 26, 591
§ 15 Abs. 1	23.05.2013	01.10.2013	geändert	GS 2013/052